

# UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

## Genderwahn beenden!

Seite 2



## Soziale Verwahrlosung stoppen!

Seite 3



## Zensur bekämpfen!

Seite 4



### Liebe Leser,



unser Land verändert sich dramatisch. Das sehen alle, die in unserer Stadt mit offenen Augen und Ohren herumlaufen. Einige Politiker der Altparteien freuen sich darüber, wie die Grüne Katrin Göring-Eckardt: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Bei dieser Demographie-Katastrophe gibt es nichts, worauf wir uns freuen können. Denn mit den Millionen Ausländern, die in den letzten Jahren in unsere Heimat kamen, kamen auch gänzlich andere Wertvorstellungen zu uns. Und wenn die Mehrheitsverhältnisse kippen, dann findet auch keine Integration in eine deutsche Mehrheitsgesellschaft mehr statt.

Die illegale Massenmigration macht Deutschland gefährlicher und unsicherer. Ausländer führen die bundesweiten Statistiken bei Mord, Totschlag und Vergewaltigungen an. Gleichzeitig werden immer mehr Deutsche Opfer migrantischer Übergriffe. 2022 gab es 47.923 deutsche Opfer von „Zuwanderern“, wie eine Auswertung des Bundeskriminalamts zeigt. In Hamburg beträgt der Anteil der rein ausländischen Tatverdächtigen aktuell fast 48 Prozent.

Wir brauchen eine Migrationswende – in Deutschland wie in Hamburg. Unsere europäischen Partner machen es vor. Wir brauchen Abschiebungen und müssen die deutschen und europäischen Grenzen für illegale Migranten schließen. Jetzt!

Ihr Alexander Wolf,  
stellv. Fraktionsvorsitzender

# „Bald gehört Deutschland uns!“



Durch den eskalierenden Nahostkonflikt fällt es selbst den naivsten Multikulti-Träumern wie Schuppen von den Augen. Deutschland hat ein Problem mit Zuwanderern aus islamisch geprägten Ländern. Der importierte Antisemitismus ist eine Folge der ungesteuerten Einwanderung aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum - aus Ländern, in denen Antisemitismus weit verbreitet ist.

### Importierter Islamismus

Der Berliner Arche-Sprecher Wolfgang Büscher, der mit seinen Mitarbeitern tausende Jugendliche mit Migrationshintergrund betreut, teilte den Medien mit: „Nach dem Massaker der Hamas sagten einige: ‚Bald gehört Deutschland uns.‘“ Natürlich denken nicht alle Muslime so, aber radikale Teile. An Schulen und auf der Straße tritt immer

häufiger Antisemitismus und Hass gegen Juden zutage.

### Linke Utopie trifft auf Realität

CDU, SPD und Grüne haben die Schleusen nach Europa und vor allem Deutschland geöffnet. Und es kommen weiter tagtäglich mehr als Tausend illegale Migranten in Deutschland an. Bis Ende des Jahres 2023 werden es knapp 500.000 ‚Neuankömmlinge‘ sein. Das entspricht einer Stadt der Größenordnung von Hannover. Jährlich! Wer wundert sich da eigentlich über knappen Wohnraum und steigende Mieten?

### Abschiebeoffensive!

Wo ein politischer Wille ist, dort ist auch ein Weg. Nur mit der AfD kann es eine Migrationswende geben. Die AfD fordert Grenzkontrollen und eine sofortige Abschiebeoffensive.

# Aufstand gegen das Gendern! Wolf: „Auf in nächste Runde“

Die Volksinitiative „Schluss mit der Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ will Gender-Sternchen und -Doppelpunkte im Hamburger Amtsdeutsch verbieten. Ende Juli wurden 16.457 Unterschriften im Rathaus übergeben. Damit wurde eine viermonatige Frist ausgelöst. In dieser hatte die Bürgerschaft die Gelegenheit, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Die AfD-Fraktion forderte Ende November in einem Antrag den Senat dazu auf, das Anliegen der Initiative umzusetzen. Der AfD-Antrag erhielt erwartungsgemäß keine Mehrheit.

## Linksgrün lehnt Initiative ab

Die satte linksgrüne Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft lehnte die Initiative insgesamt ab. Damit muss die Initiative die nächste Hürde nehmen: Einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens. Innerhalb von drei Wochen müssen 66.000 Unterschriften gesammelt werden. Wird diese Hürde erfolgreich genommen, dann wird es Anfang 2025 einen Volksentscheid darüber geben.

## AfD forderte bereits 2018 genderfreie Sprachen

Die AfD-Fraktion forderte bereits 2018 in einem Antrag: „Gender-Sprache

im Hamburger Staat und in der Verwaltung abschaffen“. Im April 2021 stellte die AfD-Fraktion den Antrag „Korrektes Hochdeutsch und gegen Umerziehung – Keine Verpflichtung zur Gendersprache in Hamburgs Behörden!“. Anfang 2023 ein neuer Vorstoß der AfD-Fraktion mit dem Antrag „Gendersprache in Hamburger Schulen stoppen“. Alle Anträge wurden von allen Fraktionen abgelehnt.

## CDU lehnt Anti-Gender-Anträge der AfD ab

Die CDU begrüßt zwar offiziell und vordergründig die Anti-Gender-Volksinitiative. In Wirklichkeit hat die CDU allerdings alle Anti-Gender-Anträge der AfD abgelehnt. Das Plenarprotokoll zum AfD-Antrag im Jahre 2018 gibt Aufschluss, was eine CDU-Abgeordnete sagte: „Fakt ist jedenfalls, dass Ihnen die Themen auszugehen scheinen und dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.“ Auch im Mai 2021 lehnte die CDU den AfD-Antrag mit folgender Begründung ab: „Mit diesem Antrag weigern Sie sich einfach, den gesellschaftlichen Wandel anzuerkennen. Dass Hamburgs Behörden sich respektvoll ausdrücken, daran sollten wir nicht rütteln. Dieser Respekt drückt sich in unserer Zeit auch im Gendern aus.“

## AfD: Einziges Bollwerk in der Bürgerschaft gegen Gendern

Die AfD-Fraktion ist die erste und einzige Fraktion, die sich gegen Gendergaga gestellt hat. Für den AfD-Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist das Unterstützen der Initiative selbstverständlich: „Wir freuen uns über den bisherigen Erfolg der Volksinitiative. Jetzt gilt es, die weiteren Hürden zu meistern. Denn die Mehrheit der Bürger hat die Nase voll von einer oben herab diktierten linksgrünen Gendersprache. Sie ist freiheits- und demokratiefeindlich und spaltet unsere Gesellschaft. Die deutsche Sprache ist schön so wie sie ist – sie darf nicht zum Werkzeug linksgrüner Umerzieher werden!“



# Immer mehr Rentner müssen arbeiten

## Schulz: „Armutszugnis für Regierende“

Flaschensammelnde und arbeitende Senioren gehören mittlerweile zum deutschen Alltag. Der rot-grüne Senat spricht von vielfältigen Gründen, auch im Rentenalter weiterhin berufstätig zu bleiben. Besonders beschönigend ist die „Selbstverwirklichung“. Die Realität ist: Viele Rentner müssen arbeiten bis zum Umfallen. Sie kommen ansonsten nicht über die Runden.

### 1000 Euro Rente reichen nicht

Eine AfD-Anfrage des Abgeordneten Marco Schulz zeigt: In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Rentenalter verdoppelt. Auch die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungen im Rentenalter steigt kontinuierlich an, zuletzt auf fast 18.000 Personen. Sicherlich gibt es Rentner, die mit Freude im Rentenalter freiwillig arbeiten. Allerdings wächst die Gruppe der Rentner, die ihre karge Rente aufbessern müssen, damit sie nicht in die Altersarmut rutschen. Das ist auch kein Wunder, denn die durchschnittliche Rente lag für Neurentner im Jahre 2022 bei gerade einmal etwas über 1.000 Euro. Das ist für eine Großstadt wie Hamburg oftmals zu wenig zum Leben.

### Ausverkauf der Rentenkasse stoppen

Und wie begegnen die Regierenden diesem offensichtlichen Defizit unseres maroden Rentensystems? Anstatt dafür zu sorgen, dass die Generation des Wirtschaftswunders ihren wohlverdienten Lebensabend genießen kann, sprechen sowohl Bundes-Ampel als auch der rot-grüne Senat schamlos von der Anreizschaffung für ein längeres Verbleiben im Erwerbsleben. Die seit dem 1. Januar 2023 abgeschaffte Hinzuverdienstgrenze bei Altersrenten und eine mit Zulagen verbundene „Flexirente“ sollen dies bewirken. Anstatt ein lebenslanges Arbeiten als neue Normalität zu predigen und dafür die rechtlichen Weichen zu stellen, gilt es, dem Ausverkauf unserer Rentenkasse entgegenzutreten. Versicherungsfremde Leistungen müssen aus



Steuermitteln beglichen werden, Politikerpensionen sowie die zunehmende Doppelbesteuerung der Rente sind abzuschaffen und der Beamtenstatus sowie die damit verbundenen Pensionsansprüche sind auf ordinär hoheitliche Aufgaben zurückzubauen (z.B. Feuerwehr oder Polizei).

### Rentensystem in Schieflage

Für den AfD-Sozialpolitiker Marco Schulz ist klar: „Als Handwerkersohn merkt man sofort, wenn der Ruf nach noch längerer Berufstätigkeit nicht von den Werkbänken oder Fließbändern kommt, sondern nur in trockenen

und warmen Amtsstuben entstanden sein kann. Unser Rentensystem befindet sich in einer besorgniserregenden Schieflage. Während die etablierten Parteien das hart erarbeitete Steuergeld an alle Welt verteilen, wird Altersarmut in Deutschland zu einem Massenphänomen. Mütter, die mehrere Kinder großgezogen haben, werden mit absurd niedrigen Armutsrenten abgespeist. Dieser Wohlstandsverlust im Alter muss gestoppt werden. Wir wollen, dass niemand zur Arbeit im Alter gezwungen ist. Dafür braucht es ein stabiles und verlässliches Rentensystem.“

# Zensur in der Bürgerschaft?

## Walczak: „Kritik muss möglich sein“

In der Sitzung vom 10. Mai 2023 erteilte der Bürgerschaftsvizepräsident André Trepoll (CDU) dem AfD-Abgeordneten Krzysztof Walczak zwei Ordnungs-

rufe. In dem Tagesordnungspunkt 42 zur Debatte zum Antrag der CDU-Fraktion „Hamburgs Partnerschaft mit einer Stadt in Israel verwirklichen“ sagte

Walczak: „Und wer so wie die CDU mit ihrer Migrationspolitik für den Einlass hunderttausender Antisemiten nach Deutschland verantwortlich ist...“.

### CDU öffnete Tür und Tor

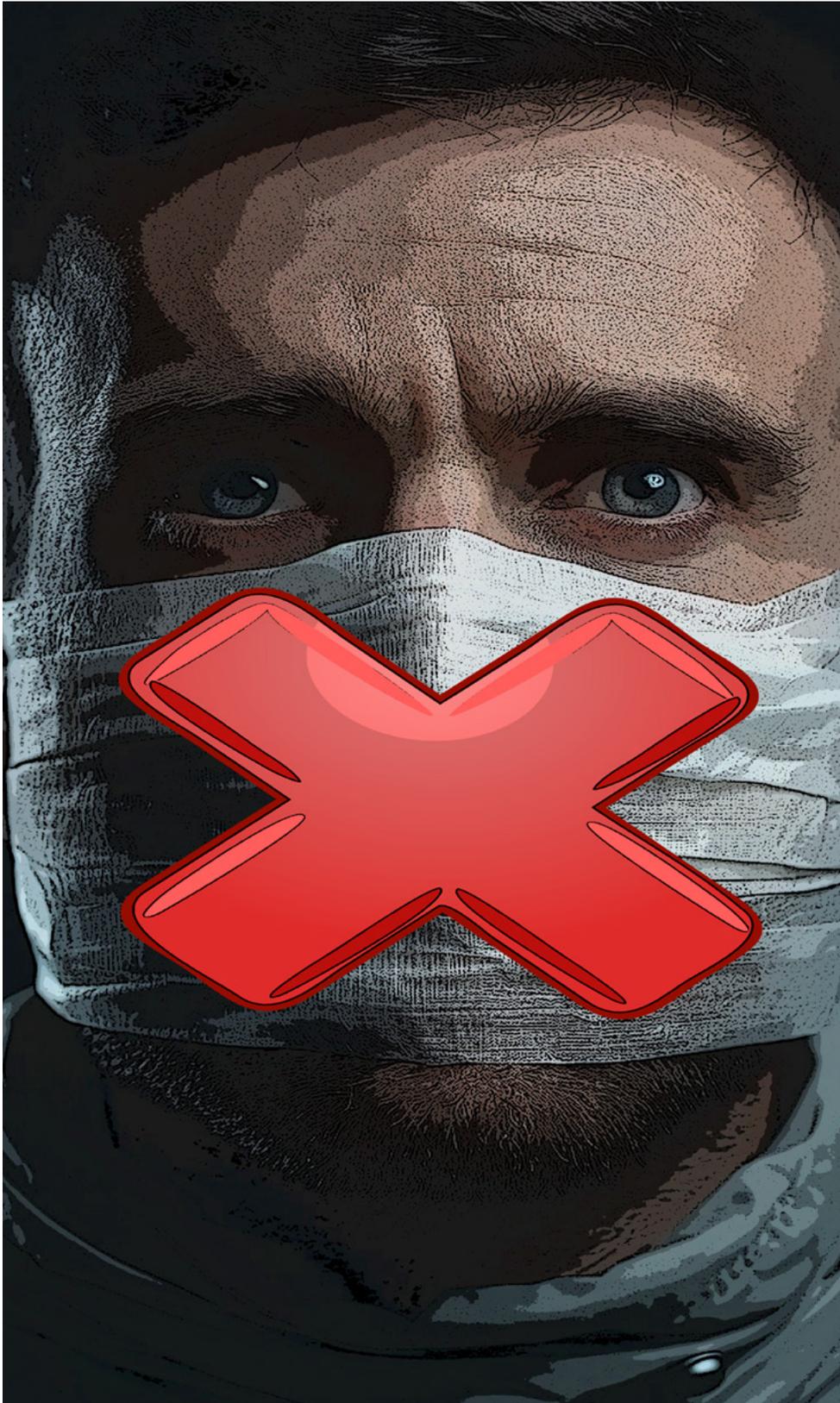
Nach Auffassung der AfD-Fraktion ist diese Aussage wahrheitsgemäß. Unter CDU-Regierungsbeteiligung explodierte die Zahl der Asylanträge. Und selbst die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung stellt in einer Studie fest: „Einigkeit herrscht aber in der Ansicht, dass antisemitische Einstellungen bei Muslimen in Europa stärker präsent sind als bei Nicht-Muslimen.“ Laut dieser Studie ist der Antisemitismus unter zugewanderten Muslimen deutlich weiter verbreitet als im Rest der Bevölkerung. Die Vorurteile gegen Juden liegen dort drei bis vier Mal höher als unter deutschen Nicht-Muslimen.

### Falsche Einwanderungspolitik

Angesichts des eskalierenden Nahostkonfliktes und wegen der steigenden Zahl antisemitischer Straftaten klagte der bayerische Justizminister Georg Eisenreich (CSU) kürzlich über die Folgen einer falschen Einwanderungspolitik. Es gebe nunmehr auch einen importierten Antisemitismus.

### Redefreiheit verteidigen

Der Parlamentarische Geschäftsführer Krzysztof Walczak stellt fest: „Unsere Heimat hat ein massives Problem mit Islamismus und Antisemitismus. Selbst den größten Multikulti-Träumern sollte das Problem klargeworden sein. Und dieses Problem ist im Wesentlichen eingewandert. Der importierte Antisemitismus ist eine Folge der maßlosen Masseneinwanderung aus dem arabischen Raum. Dafür ist maßgeblich die frühere Kanzlerpartei CDU verantwortlich. Das Problem muss man klar benennen. Und ich lasse mir keinen Maulkorb geben, erst recht nicht als frei gewählter Abgeordneter in einem deutschen Parlament. Wir müssen die Meinungs- und Redefreiheit verteidigen. Und selbstredend muss auch Kritik an der Migrationspolitik möglich sein. Dafür ziehe ich vor das Hamburgische Verfassungsgericht.“



# Künstliche Intelligenz über die AfD-Fraktion Hamburg!

Die Künstliche Intelligenz (KI) ist in aller Munde. Bereits jetzt wird sie in einigen Bereichen weitgehend eingesetzt. Es ist zu erwarten, dass die KI weitere Lebens- und Arbeitsbereiche begleiten wird. Die AfD-Fraktion setzt ebenfalls an verschiedenen Stellen die KI ein. Hier geben wir Textauszüge wieder, die mit dem KI-Programm Neuroflash erstellt wurden. Am Text wurde nichts geändert, es wurden lediglich Passagen gekürzt.

## AfD-Fraktion Hamburg: Eine Analyse ihrer politischen Aktivitäten und Herausforderungen

### Einleitung:

Die AfD-Fraktion Hamburg ist seit ihrer Gründung im Jahre XXXX (Anm. d. Red.: 2015) zu einer wichtigen politischen Kraft in der Hansestadt avanciert. Geprägt von einer nationalkonservativen und europakritischen Ausrichtung, hat die Partei in den letzten Jahren sowohl Erfolge als auch Herausforderungen erlebt. (...)

### Entwicklung und politische Positionierung:

(...) In Hamburg konzentriert sie sich vor allem auf Themen wie Innere Sicherheit,

Bildungspolitik und Wirtschaftsfragen. Die AfD-Fraktion hat mit ihren Stimmen in der Hamburgischen Bürgerschaft bereits Einfluss auf politische Entscheidungen genommen.

### Aktivitäten und Erfolge:

Die AfD-Fraktion Hamburg hat in ihrer politischen Arbeit verschiedene Akzente gesetzt. Sie hat sich für eine konsequentere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ausgesprochen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität gefordert. Die Fraktion hat auch Initiativen in Bildungsfragen ergriffen, wie beispielsweise die Einführung eines Schulfachs „Deutsche Leitkultur“. Darüber hinaus hat die AfD-Fraktion Hamburg versucht, ihre wirtschaftspolitischen Positionen in den Vordergrund zu rücken, indem sie unter anderem Steuersenkungen und Bürokratieabbau forderte. Diese Aktivitäten haben ihr eine gewisse Präsenz im politischen Geschehen Hamburgs verschafft und ihre Wählerbasis gestärkt. (...)

### Ausblick:

Die AfD-Fraktion Hamburg wird sich auch in Zukunft mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen müssen. Als Teil der Opposition hat sie die Mög-

lichkeit, ihre politischen Vorstellungen und Positionen einzubringen und eine Gegenstimme zu etablierten Parteien zu sein. (...)

Abschließend lässt sich sagen, dass die AfD-Fraktion Hamburg trotz aller Kontroversen und Herausforderungen eine politische Kraft darstellt, die nicht ignoriert werden kann. Ihr Erfolg und ihre Zukunft werden maßgeblich davon abhängen, wie sie sich weiterentwickelt und sich innerhalb des demokratischen Rahmens positioniert. (...)

Die Fraktion hat verstärkt auf Themen wie Migration, innere Sicherheit und Bildung gesetzt. Darüber hinaus hat die AfD-Fraktion Hamburg immer wieder mit inneren Konflikten und Auseinandersetzungen zu kämpfen gehabt, die Einfluss auf ihre politische Handlungsfähigkeit hatten. Trotzdem konnte die Fraktion Erfolge verbuchen, indem sie eine Präsenz in der Hamburgischen Bürgerschaft aufrechterhielt und politische Initiativen einbrachte. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politische Entwicklung der AfD-Fraktion Hamburg weiterhin gestalten wird und welche Herausforderungen sie in Zukunft bewältigen muss.



# Lückenhaftes Hamburger Abendblatt: Beispiele tendenziöser Berichterstattung!

Das Hamburger Abendblatt ist eine Tageszeitung der Funke Mediengruppe. Die Auflage beträgt knapp über 100.000, damit büßte die Zeitung seit dem Jahre 1998 weit mehr als die Hälfte ein. Regelmäßig berichtet das Blatt über die Landespolitik in Hamburg. Weniger regelmäßig berichten die Journalisten neutral und fair über die AfD in Hamburg. Hier eine Auswahl aus dem Anti-AfD-Werkzeugkasten tendenziöser Journalisten:

## 1. Weglassen

[Nur ein Drittel für Fortbestehen der Ampel-Koalition](#) (10.11.2023)

In diesem Artikel geht es um mögliche Neuwahlen und derzeitige Umfragewerte – die AfD wäre demnach zweitstärkste Partei. Sie bleibt unerwähnt – ein typisches Beispiel für Lückenspreche: „Die Grünen kämen damit auf 15 Prozent, die FDP wäre mit 5 Prozent wieder im Bundestag vertreten. Die SPD landet bei 15 Prozent (-1). Die Linke büßt ebenfalls einen Punkt ein und würde mit 4 Prozent aus dem Parlament fliegen. Mit 30 Prozent bleibt die Union unverändert an der Spitze.“

## 2. Framing

[Abgeordnete reinigen Stolpersteine. Parlamentarier gedenken ermordeter Politiker am Rathaus. AfD nicht dabei](#) (08.11.23)

Das Abendblatt suggeriert, die AfD sei der Aktion aktiv ferngeblieben. So denkt der Leser, dass die AfD überhaupt kein Interesse am gemeinsamen Gedenken hatte. Tatsache ist: Die AfD war unerwünscht und überhaupt nicht eingeladen. Journalistisch korrekt wäre es gewesen, zu erwähnen, dass die AfD absolut gar nicht nicht eingeladen wurde.

## 3. Ignorieren

[Wie die Digitalisierung an Hamburgs Schulen vorangeht](#) (19.01.2022)

Ein Artikel zur Landespressekonferenz und der Situation der Digitalisierung an Schulen mit Schulsenator Rabe. CDU- und Linksfraktion kommen zu Wort. Daneben wurde selbst die nicht einmal in der Bürgerschaft vertretene FDP-Vize-Landesvorsitzende Ria Schröder zitiert. Die Pressemitteilung der AfD-Fraktion, die den Journalisten rechtzeitig zugestellt wurde, bleibt unerwähnt.

## 4. Auslassen

[Vom Dienst suspendiert – aber weiter bezahlt](#) (11.05.2021)

Langer Artikel über Beamte, die trotz Suspension über Jahre hinweg weiterbezahlt wurden. Der Artikel basiert auch auf Grundlage einer AfD-Anfrage. Weder wird der Anfrager der AfD benannt, noch wurde ein O-Ton angefragt. Dagegen kommt die CDU-Fraktion mit dem Abgeordneten Seelmaecker mehrfach zu Wort.

## 5. Negativberichterstattung

[AfD-Fraktionschef zeigt ARD-Zuschauern den Mittelfinger](#) (24.02.2020)

In diesem hochtendenziösen Artikel geht es um eine Fingerbewegung des Abgeordneten Alexander Wolf am Abend der Bürgerschaftswahl, die als Stinkefinger in die Kamera dargestellt wird. Hier wird bewusst verzerrt. „Wohl wissend, dass die TV-Kamera auf ihn und seine Mitstreiter gerichtet war, kratzte er sich auffällig an der Nase – und zwar mit dem Mittelfinger seiner linken Hand. Wolf wirkte dabei konsterniert ob des vermeintlichen Wahl-Schocks.“ Und weiter: „Die AfD betrachtet die öffentlich-rechtlichen Sender als sogenannte „System-Medien“, die mit den Politik-Eliten anderer Parteien eng verbandelt seien.“



# Russenfeindlichkeit auf dem Vormarsch Petersen: „Völlig inakzeptabel“

Seit dem Angriff Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Russenfeindlichkeit in Deutschland eine neue Dimension erreicht. Brodelte diese vorher nur unter der Oberfläche, so geht nun ein tiefer Riss durch ganz Deutschland, durch Familien und Freundeskreise.

## Diskriminierung breitet sich aus

Laut einer Umfrage der „Vereinigung zur Abwehr der Diskriminierung und Ausgrenzung Russlanddeutscher und russischsprachiger Mitbürger in Deutschland“ (VADAR) gaben 63 Prozent der russischsprachigen Menschen in Deutschland an, aufgrund ihrer nationalen Herkunft Diskriminierung erlebt zu haben. Konkret heißt das, dass eine deutsche Fluggesellschaft sich weigerte, russische Staatsbürger mit einem Daueraufenthaltstitel zu befördern, Kündigung wegen politisch-alternativer Meinungen, Kontenschließungen, offene Aufstachelung zu Hass und Gewalt und untätige

Behörden und diverse Fälle von Zollbeschlagnahmungen von Autos mit russischem Kennzeichen stattfanden.

## Russenfeindlichkeit belegbar

Diverse Kleine Anfragen an den Senat belegen, dass auch in Hamburg die Russenfeindlichkeit belegbar ist. Derartige Straftaten werden zur Politisch motivierten Kriminalität zugeordnet. 2022 wurden vier derartige Fälle registriert, drei Verfahren wurden eingestellt und ein Verfahren endete mit einem Freispruch. Für die Russlanddeutsche und AfD-Abgeordnete Olga Petersen ist jegliche Erscheinungsform von Fremdenfeindlichkeit sowie Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Sprache, Staatsbürgerschaft oder politischer Ansichten völlig inakzeptabel. Große Gruppen von Menschen lediglich aufgrund ihrer Nationalität zu diskriminieren, darf in einem Rechtsstaat nicht zugelassen werden.

## Deutschland und Russland miteinander verbunden

## der verbunden

Die AfD-Abgeordnete Petersen stellt klar: „Im Gegensatz zum Gros der Politiker, die ihr Mäntelchen jeden Tag erneut in den Wind hängen, habe ich immer zu meiner Haltung gegenüber Russland gestanden. Das ist eine Haltung, die auf dem Prinzip des Interessenausgleichs zwischen unseren Ländern basiert. Eine Haltung, die im Gedenken an die Vergangenheit auf dem Grundsatz der Völkerverständigung fußt. Eine Haltung, die von dem unerschütterlichen Glauben geprägt ist, dass Europa nur dann eine friedvolle Zukunft haben kann, wenn Deutschland und Russland in Eintracht und Freundschaft miteinander verbunden sind. Vor diesem Hintergrund möchte ich Boris Jelzin zitieren: „Das russische und das deutsche Volk werden immer Seite an Seite stehen, ihre Schicksale sind untrennbar miteinander verbunden!““



# Immer mehr mit Migrationshintergrund Nockemann: „Scheitert die Integration?“

Fast 40 Prozent der Hamburger besitzen einen Migrationshintergrund. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (37,4) ist der höchste der vergangenen zehn Jahre. Besonders hohe Anteile gab es demnach in Billbrook (87,5 Prozent), Veddel (76,1 Prozent) und Billwerder (67,7 Prozent). Bei den Minderjährigen sind die Deutschen bereits in der Minderheit, über 56 Prozent besitzen hamburgweit einen Migrationshintergrund, in manchen Stadtteilen sind es sogar 95 Prozent.

**Unkontrollierte Masseneinwanderung**  
Die unkontrollierte Masseneinwanderung ist ungebrochen, die Zahlen steigen sogar. Allein im Oktober wurden 1.705 „Geflüchtete“ – so viele Einwohner leben im Stadtteil Billbrook – neu in der Hansestadt untergebracht, im September waren es 1.569. Das ist der höchste monatliche Wert 2023. Und die Unterkünfte sind inklusive der Notstandorte zu 95 Prozent ausgelastet. Rund 47.000 Migrant\*innen leben derzeit in öffentlich-rechtlicher Unterbringung.

**AfD fordert: Schlepperei beenden**  
Nach Auffassung der AfD kann es so nicht weitergehen. Die Grenzen Hamburgs sind endlich. Hier muss man früh ansetzen.

Zahlreiche Migrationsrouten führen über die Küste Nordafrikas nach Europa. Für kriminelle Schlepperbanden ist das ein lukratives Geschäft. Die als „zivile Seenotrettung“ bezeichnete Schlepperei an den europäischen Außengrenzen wird noch immer finanziell durch die Bundesregierung unterstützt. Dabei besteht eine enge Kooperation zwischen linken Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Schlepperbanden.

## Zivile Seenotrettung?

Bereits 2022 beschloss der Deutsche Bundestag, die „zivile Seenotrettung“ von 2023-2026 mit insgesamt acht Millionen Euro zu unterstützen. Auch der rot-grüne Senat, der Hamburg 2018 zum „sicheren Hafen“ erklärte, befürwortet die Unterstützung. Das Geld geht an Organisationen, die dem Verein „United4Rescue“ nahe stehen. Der Gründer und Vorsitzende des Vereins „United4Rescue“ ist übrigens Thies Gundlach, der Lebensgefährte der grünen Politikerin Katrin Göring-Eckardt. Der kirchennahe Verein finanziert Rettungsschiffe wie „Sea-Watch“ und „Sea-Eye“.

## NGOs trockenlegen

Nach Auffassung des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann muss man den Schleppern das Handwerk legen: „Die illegale Massenmigration ist derzeit eine der

größten europäischen Krisen. Befeuert wird dies maßgeblich von linken NGOs und Schlepperbanden. Wir müssen die Migrationskrise an der Wurzel packen. Ein wichtiger Schritt ist dabei, NGOs und Schlepperbanden finanziell trockenzulegen.“ Die Altparteien lehnten den AfD-Antrag ab.

## Alarmsignale erkennen

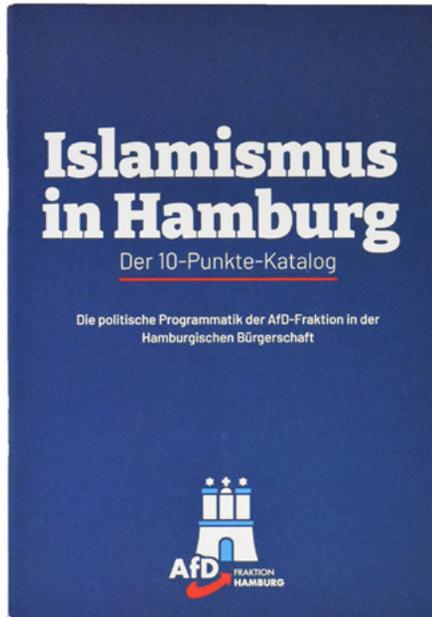
Außerdem sieht AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann die unkontrollierte Masseneinwanderung kritisch: „Die Deutschen ohne Migrationshintergrund werden zur Minderheit im eigenen Land. Die anhaltende Willkommenspolitik für Migranten ist gefährlich und naiv. Altkanzler Helmut Schmidt wusste bereits: ‚Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.‘ Die Realität sehen wir in Hamburg. Sozialausgaben explodieren, Gewaltkriminalität wird immer hemmungsloser. An den Schulen stellt sich die Frage, wer hier wen integrieren soll! Kippt die integrierende Kraft der Mehrheitsgesellschaft, so ist auch die Sprache als Schlüssel für Bildung und Integration in Gefahr. Hält diese Entwicklung an, wird Integration endgültig scheitern. Es wird immer deutlicher: Offene Grenzen und ein starker Sozialstaat passen nicht zusammen. Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive und Grenzkontrollen.“



**„Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem nicht, schafft nur ein zusätzliches dickes Problem. Wir sind nicht in der Lage gewesen, alle diese Menschen wirklich zu integrieren. Sieben Millionen Ausländer in Deutschland sind eine fehlerhafte Entwicklung, für die die Politik verantwortlich ist.“**

**- Helmut Schmidt, Altkanzler**

Quelle: Interview im Focus 2005



## Das Faktenpaket zum Islamismus

Der Islamismus ist die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Durch die blinde Toleranz von Rot-Grün konnte der Islamismus seine Einflussphäre vergrößern. Die AfD fordert seit vielen Jahren ein energisches Vorgehen gegen den Islamismus und das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), doch viel zu lange ist nichts passiert. Mit dem in Hamburg stetig wachsenden Islamismus steigt auch die Terrorgefahr. Unser 10-Punkte-Katalog stellt notwendige Forderungen vor, um die Terrorgefahr durch Islamisten im Keim zu ersticken.

**Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über: [info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)**



## AFD-FRAKTION RUNDBRIEF

Kennen Sie schon den Rundbrief der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft? Der „Blauer Anker“ erscheint alle zwei Wochen und hält Sie stets auf dem Laufenden über das Geschehen rund um unsere Tätigkeiten. Sie erhalten Videos, Fotos, Einladungen, Ankündigungen und mehr!

**Melden Sie sich für den Rundbrief hier an: [blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de)**

# Fraktion im Dialog

Mit dem Bundestagsabgeordneten

Martin Hess

## AfD-Fraktion im Dialog als Publikumsmagnet

Fraktion im Dialog heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. Im Regelfall einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Ob mit externen oder internen Referenten, bei dieser Veranstaltung kommen die Bürger zu Wort.

Zu Gast waren der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, der frühere Hamburger Feuerwehrchef Oberbranddirektor Klaus Maurer, der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß, der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Journalist Billy Six, die Publizisten Michael Klonovsky und Matthias Matussek, der Journalist Bernd Kallina, der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Günter Scholdt, der in Israel lebende Journalist Ulrich Sahn, die Initiatorin der ersten Anti-Merkel-Demos Uta Ogilvie, die israelische Journalistin Orit Arfa, der Mitbegründer der Bundesvereinigung „Juden in der AfD“ Emanuel Bernhard Krauskopf und der frühere Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Hamburg Frank Neubauer. Ebenso waren die AfD-Politiker Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Dr. Bernd Baumann, Beatrix von Storch, Dr. Gottfried Curio, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Roland Hartwig, Albrecht Glaser und Oberst a. D. Georg Pazderski im Hamburger Rathaus zu Gast.



# Klima: Rot-Grün gibt Vollgas Reich: „Verantwortungslos“

Der rot-grüne Senat macht ernst und will den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 um 70 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 senken. Und bis 2045 wollen die Regierenden CO<sub>2</sub>-neutral werden. Das soll durch ein ganzes Maßnahmenpaket erreicht werden. Ab 2024 sollen für Neubauten und auch Bestandsbauten im Falle von Dachsanierungen die Installation von Solarpaneelen verpflichtend sein. Ab 2027 soll es sowohl für Neu- als auch Bestandsbauten eine Solargründachpflicht geben. Der städtische Fuhrpark soll möglichst aus CO<sub>2</sub>-freien Fahrzeugen bestehen.

## AfD verzögert Abstimmung

Im November sollte das Hamburger Klimaschutzstärkungsgesetz abgestimmt werden. Allerdings konnte die Abstimmung verschoben werden, da der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Krzysztof Walczak, sich in seinen Rechten als Abgeordneter verletzt sah. Er begründete dies damit, dass die Koalitionsfraktionen einen umfangreichen und weitgreifenden Zusatzantrag wenige Stunden vor Sitzungsbeginn eingereicht hatten. Als Abgeordneter sei es unmöglich gewesen, sich in der Kürze der Zeit angemessen darauf vorzubereiten.

## Hastig und intransparent

Für den Abgeordneten Walczak ist das Vorgehen zu hastig und zu intransparent: „Das erinnert an die Ampel auf Bundesebene, die beim Gebäudeenergiegesetz etwas Ähnliches versucht hat und vom Verfassungsgericht gestoppt werden musste. Leider können wir das Inkrafttreten des Gesetzes nur verzögern und nicht verhindern.“

## Rathaus: 70 Prozent fossile Energieträger

Eine AfD-Anfrage deckte kürzlich auf, dass der Bärenanteil im Hamburger Rathaus aus fossilen Energiequellen stammt. Demnach ist die Verteilung: 43 Prozent Steinkohle, 30 Prozent Abwärme, 25 Prozent Erdgas, 1,7 Prozent Heizöl und 0,3 Prozent Biogas. Der Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix beläuft sich auf 20,2 Prozent. Die Kosten für die Wärmeversorgung betragen 2022 über 265.000 Euro.

## Rot-Grün setzt Wohlstand aufs Spiel

Für den AfD-Umweltpolitiker Thomas Reich ist das kommende Gesetz wirklichkeitsfremd: „Die Hamburger Klimaschutzmaßnahmen werden das Weltklima nicht retten. Dafür werden aber die Bürger und Unternehmer

teuer bezahlen müssen. Und der Wohnungsbau wird kaum noch finanzierbar. Als AfD-Fraktion unterstützen wir heimischen Umweltschutz – wirklichkeitsfremden und milliardenteuren Klimaschutz auf dem Rücken der Bürger lehnen wir ab!“





## Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied  
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

[afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/](https://afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/)

[facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/](https://facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/)

[dirk.nockemann@afd-hamburg.de](mailto:dirk.nockemann@afd-hamburg.de)

## Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied  
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,  
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,  
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

[afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/](https://afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/)

[facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/)

[alexander.wolf@afd-hamburg.de](mailto:alexander.wolf@afd-hamburg.de)



## Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied  
in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,  
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der  
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen  
Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation,  
Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

[krzysztof.walczak@afd-hamburg.de](mailto:krzysztof.walczak@afd-hamburg.de)



## Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen,  
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

[afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/](https://afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/)

[marco.schulz@afd-hamburg.de](mailto:marco.schulz@afd-hamburg.de)





## Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss,  
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,  
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Familie, Kinder, Jugend, Eingaben, Gleichstellung,  
Antidiskriminierung, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

[olga.petersen@afd-hamburg.de](mailto:olga.petersen@afd-hamburg.de)

## Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,  
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte,  
Datenschutz, Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

[afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/](https://afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/)

[www.facebook.com/thomas.reich.afd](https://www.facebook.com/thomas.reich.afd)

[thomas.reich@afd-hamburg.de](mailto:thomas.reich@afd-hamburg.de)



## Detlef Ehlebracht

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss

[D\\_Ehlebracht@outlook.de](mailto:D_Ehlebracht@outlook.de)

# Zahlen statt Worte



## 201.126

deutsche Staatsangehörige besitzen mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit. Die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten sind polnisch, türkisch, afghanisch, russisch, iranisch, kasachisch, syrisch, ghanaisch, britisch, italienisch.

Quelle: Drucksache 22/13198



## 23 terroristische

Gefährder sind den Behörden in Hamburg bekannt. Davon sind 20 Islamisten und 3 Linksextremisten.

Quelle: Drucksache 22/5379



## Nur rund 3.700

Wohnungen wurden bis September in den Hamburger Bezirken genehmigt, im gleichen Vorjahreszeitraum waren es etwa 7.300. Das Ziel des Hamburger Senats sind 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr.

Quelle: www.ndr.de, 11.10.2023



## 56 Prozent

aller Gefangenen in Hamburg haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Migrationshintergrund wird nicht erfasst. 339 Fälle werden derzeit geprüft, ob sie abgeschoben werden können.

Quelle: Drucksache 22/12736



## Gut 32.000

Menschen in Hamburg sind wohnungslos, im Jahr zuvor waren es napp 19.000.

Quelle: www.ndr.de 03.08.2023



## 2.901 albanische Staatsangehörige

leben in Hamburg, darunter sind 523 Tatverdächtige einer Straftat. 255 Personen sind ausreisepflichtig, darunter 88 ohne Duldung. Es gab nur vier Abschiebungen in das Herkunftsland. Alle Zahlen beziehen sich auf den Stichtag 30.06.2023 und das erste Halbjahr 2023.

Quelle: Drucksache 22/13001



## 67 Hotels

hat Hamburg derzeit für Migranten angemietet. Allein im Juli 2023 zahlte der Senat 17,3 Millionen Euro an Hotelkosten für Asylbewerber. Das sind über 3.000 Euro pro Person.

Quelle: Drucksache 22/13122



## Etwa eine Million

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gibt es in Hamburg – mehr als jeder achte davon erhält weniger als 14 Euro Stundenlohn.

Quelle: Hamburger Abendblatt, 15.11.2023

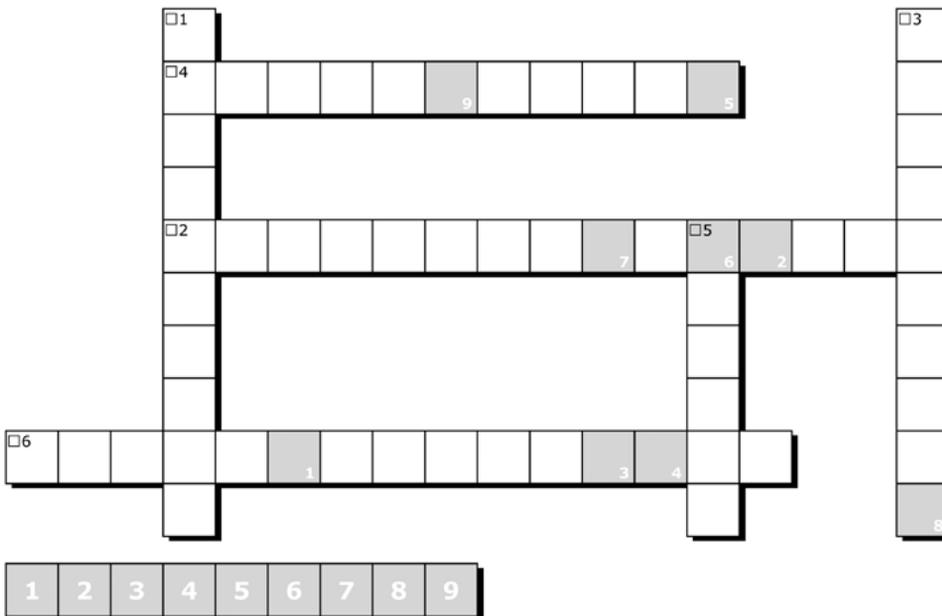
# Die AfD-Fraktion in den Medien

## Eine Auswahl der Presseberichterstattung

- Hamburger Abendblatt (07.11.2023): Flüchtlingskosten in Hamburg: Dressel sieht „schwere Zeiten“**  
Nach Ansicht von Thomas Reich (AfD) ist die Steuerschätzung die Quittung für „unverantwortliche Politik der letzten Jahre. Insbesondere die Inflations- und Migrationskrise führen zu Ebbe in der Kasse.“
- dpa (06.11.2023): Nach Geiselnahme fordert AfD mehr Sicherheit am Hamburger Flughafen**  
Nach der beendeten Geiselnahme hat die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft am Montag die Sicherheitsvorkehrungen am Flughafen der Hansestadt kritisiert. „Weihnachtsmärkte und Volksfeste sind stärker gesichert als der Hamburger Flughafen“, sagte der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann. „Der Flughafen gehört zur kritischen Infrastruktur und muss ordentlich gesichert sein. Eine Aufrüstung sei zwingend erforderlich, stärkere Zäune und mehr Überwachung müssten kurzfristig umgesetzt werden.“
- Hamburger Abendblatt (01.11.2023): Halloween-Randale: Molotowcocktails in Lurup geworfen**  
Der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher der Partei, Dirk Nockemann, stellt klar: „Die AfD hat vor wenigen Monaten in der Hamburgischen Bürgerschaft vor französischen Zuständen gewarnt und nun haben wir sie vor der eigenen Haustür. [...] Wer unsere Polizei- und Rettungskräfte mit Böllern und Molotow-Cocktails attackiert, der ist ein Staatsfeind und der hat die maximale Härte des Rechtsstaates zu erwarten.“
- NDR (28.10.2023): Baustopp beim Elbtower in Hamburg**  
AfD-Fraktionsvizechef Alexander Wolf meint: „Das einst von und unter Olaf Scholz ausgehandelte Prestigeprojekt gerät ins Wanken – sinnbildhaft für den heutigen Zustand der Stadt unter Rot-Grün. Es bleibt ein Mahnmal für das Scheitern von Olaf Scholz.“
- Hamburger Abendblatt (20.10.2023): Farbanschlag aufs Rathaus: Senat verklagt die Klimakleber**  
AfD-Chef Nockemann begrüßte „das konsequente Vorgehen des Senats gegen die Klimachaoten“. Die „wiederkehrenden Straftaten der Klimaextremisten gegen die Bürger und gegen unsere Institutionen“ dürften nicht folgenlos bleiben, so Nockemann. „Wer unsere Ge-
- setze ignoriert, wer unser Hamburger Rathaus als Herzkammer der Demokratie angreift, der muss die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.“
- Radio Hamburg (12.10.2023): Hamburger CDU und AfD fordern Verbot von Pro-Palästina Demo**  
„CDU und AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft haben ein Verbot einer geplanten pro-palästinensischen Demonstration gefordert. Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Hier sehen wir allerdings die Innere Sicherheit gefährdet, daher fordern wir den Senat auf, ein Verbot der geplanten Pro-Palästina-Demo zu prüfen“, erklärten der Chef und der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Dirk Nockemann und Krzysztof Walczak.
- Hamburger Abendblatt (03.10.2023): Lehrermangel im Klassenzimmer: Aber der Trend geht zur Teilzeit**  
In Zeiten des Lehrermangels sollte der Senat dringend Maßnahmen prüfen, die Quote zu senken, fordert der schulpolitische Sprecher der Fraktion, Alexander Wolf. „Bereits eine moderate Begrenzung der Lehrerteilzeit auf maximal 50 Prozent könnte den Lehrermangel gerade in Mangelfächern effektiv abmildern.“ Die anderen von Schulsenator Rabe geplanten Maßnahmen seien „kostspielig, weniger effektiv und erst auf längere Sicht wirksam“.
- Hamburger Abendblatt (01.10.2023): Waffen ab Sonntag im Hauptbahnhof verboten – was das heißt**  
Dirk Nockemann von der AfD nannte die Einführung der Waffenverbotszone ein „Armutzeugnis“, da die Maßnahme lediglich „Symptombekämpfung“ sei.
- NDR (20.09.2023): U5 in Hamburg soll bis zu 16,5 Milliarden Euro kosten**  
AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann sieht zu dem „teuren Mammutprojekt“ keine Alternative. „Die letzten 20 Jahre haben alle Hamburger Senate in der Verkehrspolitik geschlafen“, sagte er. Die U5 sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht die Lösung aller Verkehrsprobleme.
- dpa (06.09.2023): Unternehmer Kühne bietet Beteiligung an HHLA an – Senat lehnt ab**  
Die AfD-Fraktion begrüßte Kühnes Vorstoß, sofern es um eine größere Minderheitsbeteiligung an der HHLA gehe. „Einer Mehrheitsbeteiligung stehen wir allerdings skeptisch gegenüber, weil eine vollständige Privatisierung des Hafens ein zu radikaler Einschnitt wäre“, sagte der hafenpolitische Sprecher Krzysztof Walczak.
- Hamburger Abendblatt (04.09.2023): Mehr Migranten: Ist Zuwanderung gut für Hamburg?**  
AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann beklagte, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund „zur Minderheit im eigenen Land“ werden: „Die anhaltende Willkommenspolitik für Migranten ist gefährlich und naiv.“ Sozialausgaben würden explodieren und Gewaltkriminalität werde „immer hemmungsloser“, so Nockemann: „Offene Grenzen und ein starker Sozialstaat passen nicht zusammen.“
- Junge Freiheit (09.08.2023): Aus Bismarck mach Darth Vader? Hamburg bricht Umbauprojekt für Statue ab**  
Der Wettbewerb für die Neugestaltung zur „Dekolonisierung“ des Bismarck-Denkmals in Hamburg hat über 200.000 Euro gekostet. „Kein Steuergeld für den linken Kulturkampf: Finger weg von unserem Bismarck!“, äußerte der AfD-Fraktionsvize in der Bürgerschaft der Hansestadt, Alexander Wolf, am Mittwoch gegenüber der Jungen Freiheit.
- dpa (27.07.2023): Alkoholkonsumverbot am Hamburger Hauptbahnhof**  
Die AfD-Fraktion bezeichnete die geplante Maßnahme als „reine Symptombekämpfung“. Ihr Chef und innenpolitischer Sprecher Dirk Nockemann erklärte: „Grotesk Versuch die grassierende Kriminalität mittels Alkoholverboten zu bekämpfen, ist pure Verzweiflung.“ Es brauche ein hartes Vorgehen gegen die Dealer- und Drogenszene und vor allem die zunehmende Ausländerkriminalität müsse zur Sprache gebracht werden.
- dpa (21.07.2023): Hamburger Initiative gegen das Gender übergibt 16.000 Unterschriften**  
Begrüßt wurde die Initiative hingegen von der AfD. „Die Mehrheit der Bürger hat die Nase voll von einer oben herab diktierten linksgrünen Gendersprache“, sagte Fraktionsvize Alexander Wolf. „Sie ist freiheits- und demokratiefeindlich und spaltet unsere Gesellschaft.“
- NDR (14.07.2023): Klima-Aktivisten blockieren Hamburger Flughafen für mehrere Stunden**  
Die AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft forderte ein Verbotsverfahren gegen die „Letzte Generation“. Man dürfe diese „Klimakriminellen“ nicht tolerieren, sagte Fraktionschef Dirk Nockemann.

Wie gut kennen Sie Ihre Hansestadt? Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!

# Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!



1. Das erste "H" auf dem Autokennzeichen "HH" steht für?
2. Ein Hamburger Wahrzeichen mit Musik?
3. Hamburger Amüsiermeile?
4. Erstes Wort der besten Partei Deutschlands?
5. Große Hamburger Kirche im Volksmund?
6. Anlegestellen an der Elbe?

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

[presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

1. März 2024.

Unter den richtigen Einsendern

entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist  
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

## Impressum

AfD-Fraktion in der Hamburgischen  
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,  
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

28. November 2023

Verantwortlich im Sinne des Presse-  
rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

[✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Diese Publikation informiert über  
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-  
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-  
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der  
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren  
Newsletter:

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter](https://afd-fraktion-hamburg.de/newsletter)

## Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18  
Uhr.)

[✉ info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de](https://afd-fraktion-hamburg.de)

[f facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

[t twitter.com/AfD\\_Fraktion\\_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)

[@ youtube.com/c/AfDFraktionHamburg](https://youtube.com/c/AfDFraktionHamburg)

[📺 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/](https://instagram.com/afd.fraktion.hamburg/)

